

2 NOV 1962  
**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XVII/222

Bonn, den 2. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:  
-----

Seite:

Zeilen:

	Vor einer Staatskrise ? -----	34
	Parteikamarilla etabliert Staat im Staate	
2 - 3	Von Kuba bis Bonn -----	91
	Tatbestände, die berücksichtigt werden sollten Von G. Markscheffel	
4	Castro und Ulbricht -----	48
	Alpdruck nun für Moskau	
5	Blick in das Grauen -----	47
	Vor dem größten Kriegsverbrecherprozess in Norddeutschland	
6 - 7	Das Problem der griechischen Gastarbeiter (V und Schluss) -----	88
	Viel guter Wille bei der Betreuung - aber wenig Koordination Von Dr. B.P. Mathiopoulos	

-----

Chefredakteur Günter Markscheffel

2. November 1962

## Vor einer Staatskrise ?

### Parteikamarilla etabliert Staat im Staate

sp - Schon länger geht es bei der Aktion gegen den "Seiigel" nicht mehr um ein Nachrichtenmagazin und auch nicht mehr um die genannten Anklagepunkte: es geht vielmehr um die Frage, ob sich der Bundesbürger noch auf die Rechtschaffenheit seiner Regierung verlassen kann oder nicht.

Ein Bundes- und ein Landesminister beide der FDP angehörend, wurden von ihren zuständigen Staatssekretären, beide der CDU angehörend, nicht rechtzeitig über die beabsichtigte Polizeiaktion gegen den "Seiigel" unterrichtet. Ein dritter Staatssekretär Herr Hoff vom Verteidigungsministerium, hat jetzt die "Schuld" für die Nichtunterrichtung der zuständigen Minister übernommen. Man sagt, er habe "nur einen Befehl ausgeführt" und diesen weitergegeben. Von wem der Befehl stammt, ist noch unklar.

Der Staatssekretär des FDP-Bundesjustizministers Starke heißt Strauß und der Staatssekretär des FDP-Landministers von Nordrhein-Westfalen Weyers, heißt Adenauer. Die FDP-Minister waren und sind von CDU-Rechten eingekreist, die einen Befehl ausführen ohne zu fragen, ob dieser Befehl rechtmäßig ist.

- \* Hier hat sich ein Staat im Staate etabliert, eine
- \* Parteikamarilla, die den Vorgesetzten, aber einer
- \* anderen Partei angehörenden Minister, überspielt
- \* Damit ist der Tatbestand der Rechtsunsicherheit
- \* gegeben, der Tatbestand des verfassungswidrigen
- \* Vornhaltens von Beamten und der Tatbestand der
- \* Illoyalität gegenüber dem Koalitionspartner

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn in unserer Volksseele eine Stimmung entsteht, die in Hinweisen auf Vergleiche mit jener Zeit ihren Ausdruck findet, in der man ebenfalls sagte: man hätte nicht anders handeln können, weil man sich in einem "Beschlagnahmestand" befunden habe.

Wenn in diese Vorgänge, die jetzt in Bonn nicht nur zu einer Regierungskrise, sondern zu einer Krise unserer rechtsstaatlichen Ordnung geführt haben, sich nicht in kürzester Frist sowohl der Bundespräsident wie auch das Parlament einschalten, entsteht eine Staatskrise mit allen sich daraus ergebenden Folgen.

Von Kuba bis Bonn

Von G. Markscheffel

Die "Affäre Spiegel" hat in dieser Woche einige Probleme in den Hintergrund des deutschen öffentlichen Interesses gedrängt die für uns sicher ebenso bedeutsam sind, wie jene innerpolitische Abenteuer bei dem es um die Erhaltung unserer rechtsstaatlichen Ordnung geht. Mit etwas zweitrangiger Aufmerksamkeit registrierte man den Konflikt um Kuba die Bemühungen des UNO Generalsekretärs U Thant um dessen Beilegung und das gegenseitige Abtasten der amerikanischen und sowjetischen Diplomatie, das unter gewissen Umständen das Verspiel zu neuen internationalen Verhandlungen über die Lösung anderer Weltkrisen sein könnte.

Es ist schwer zu sagen, was den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow zum Einlenken in der Kubakrise bewogen haben mag. Die von ihm selbst gegebene Begründung lautet: er habe sich davon überzeugt daß die USA keine Invasion auf Kuba beabsichtigten. Rätevertreter über mögliche andere Motive hat keinen Sinn, nur die Tatsache des Einlenkens zählt. Ebenso wichtig ist aber auch die Reaktion Kennedys auf das Einlenken der Sowjets. Der amerikanische Präsident sagte: er habe Chruschtschows Bereitschaft zum Abbau der sowjetischen Raketenbasen auf Kuba für einen "Akt staatsmännischer Klugheit".

Kennedy hat ohne Zweifel jenen Politikern im Westen widerstanden die von ihm lieber eine andere Reaktion gesehen hätten: etwa einen Hinweis auf den "Erfolg der Politik der Stärke". Auf b e i d e n Seiten wurde also gebremst, was darauf schließen läßt daß man auf b e i d e r Seite und zwar an den Staatsspitzen - eine Atempause in der Ost-West-Auseinandersetzung suchte oder brauchte. Diese Überlegung könnte auch dann richtig sein, wenn Fidel Castro trotz Chruschtschows Zusage an Kennedy eigene Forderungen aufstellt.

Von ergeben sich auch für uns hier in Deutschland aus diesen nur kurz geschilderten Tatbeständen einige politische Konsequenzen:

- \* Wir sollten alle jene zur Ordnung rufen die jetzt in ein Triumphgeschrei über die angebliche Schwäche der Sowjetunion ausbrechen oder gar behaupten "man" hätte schon viel früher "mit der Faust auf den Tisch schlagen" sollen um Chruschtschow "in die Knie zu zwängen".

Wer so dahorredet, ist entweder ein Provokateur oder ein Dummkopf. Er ignoriert die Tatsache daß die Sowjetunion eine Weltmacht ist und fordert die Gegner der Haltung Chruschtschows - sie sitzen in Kuba selbst in Peking und in Pankow - um durchaus nicht moralischen Verstoß dazu heraus, erneut das Spiel mit einem atomaren Weltkonflikt auf die Spitze zu treiben. Er verkennet aber auch die Motive die Kennedys verantwortlich haben dürften, von Chruschtschows Verhalten als von einem "Akt staatsmännischer Klugheit" zu sprechen...

Daß nach wie vor äußerste Wachsamkeit und Bereitschaft zur Verteidigung für den Fall neuer östlicher Aggressionshandlungen notwendig sind, dürfte es wohl keine Meinungsverschiedenheiten geben. Aber zwischen dieser Grundeinstellung bis zu den Provokationen der Scharifaschar ist ein großer Spielraum. Zwischen den Gegenpolen liegt - immer noch und immer wieder - die Aufgabe der POLITIK deren Bedeutung nach der Kubakrise größer und gewichtiger sein dürfte denn je.

Auf unsere Situation in Deutschland angewandt bedeutet dies:

1. der Bundeskanzler sollte deutlich machen, was er in der letzten Regierungserklärung wirklich meinte, als er sagte er sei bereit, über vieles mit dem Osten zu reden, wenn dadurch das Schicksal der Menschen jenseits der Zonengrenze erleichtert werden könnte.
2. es bedeutet unter anderem auch, daß die Bundesregierung sagt, wie sie sich die von ihr bejahte Verbesserung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten ohne Beeinträchtigung unserer nationalen Eckpunkte praktisch vorstellt.
3. sollten die großen deutschen Parteien gemeinsam überlegen, welche Möglichkeiten zur Verbesserung der innerdeutschen technischen Kontakte tatsächlich bestehen

Über diesen Rahmen hinaus sollte auch noch etwas anderes beachtet werden. Am 19. Oktober hat G o m u l k a vor der sogenannten Volkskammer in Ostberlin eine Rede gehalten, in der zwar viel Böses über die Westdeutschen gesagt wurde, aber auch einiges über die künftige Wirtschaftsentwicklung und -organisation Europas, was - leider - in den wichtigsten Zeitungen der Bundesrepublik beachtet wurde (übrigens auch kurz in der nationalen Presse).

Gomulka sprach mit einem deutlichen Blick auf die EWG von den größeren Wirtschaftsräumen und von dem Wunsch des Ostens, eine Weltmacht politisch ohne Zuhilfenahme sich entwickeln zu sehen. Diese Bemerkung Gomulkas ist deshalb aufschlußreich, weil kurz vorher in Moskau das bis her dort übliche abfällige Urteil über die EWG kräftig revidiert worden war.

"Exporten" haben nach der Gomulkarede erklärt, der polnische Parteichef und Regierungschef habe das gesagt, weil den osteuropäischen Staaten das "Wasser bis zum Hals stünde und man eigentlich nur zu warten brauche, bis Comecon zusammenbricht". Vielleicht ist etwas Wahres an diesen Behauptungen. Aber selbst dann wäre es dumm, den Wink Gomulkas nicht zu beachten, zumal sicher ist, daß man in Pankow sehr sauer auf die "neuen polnischen Perspektiven" reagierte.

Zieht man das Fazit aus den verschiedenen Ereignissen, die seit Beginn der Kubakrise die Weltpolitik bewegen, dann dürfte wohl sicher sein, daß neue politische Anstrengungen mit dem Ziele einer weltpolitischen Klärbedingung unter Umständen tödlicher sein könnten als noch vor wenigen Monaten.

Wir geben uns nicht der Illusion hin, daß allein deutsche Vorschläge das Bild des weltweiten Ost-West-Konfliktes wesentlich ändern könnten. Aber das Verharren im "Status quo minus" wäre noch schlechter als die Fortsetzung des Aufrechnens von Fehlern der Vergangenheit.

### Castro und Ulbricht

ler - Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, sowohl von Moskau als auch von Washington als willkommener Vermittler im Konflikt um Kuba anerkannt, hat bei seinen Verhandlungen mit dem kubanischen Diktator Fidel Castro über eine kontrollierte Demontage der sowjetischen Raketenbasen nicht den Erfolg gehabt, den er und die beiden Westmächte erwarteten. Castro stellt sich quer, er will eine UNO-Kontrolle nicht zulassen, die von U Thant mitgebrachte Gruppe von 19 UNO-Beamten, die das Gerippe für den aufzubauenden Kontrollmechanismus stellen sollten, mußte wieder nach New York zurückkehren.

Der Widerstand Castros mag auch für Chruschtschow ein unterwarteter sein, und wahrscheinlich aus diesem Grunde allein hat er seinen Stellvertreter, den vielbewährten Mikojan, nach Kuba geschickt, um Castro zu zeigen, wer eigentlich Herr über die dort stationierten und für den Abtransport in die Sowjetunion bestimmten Raketen ist. So bleibt die Lage noch ziemlich verworren. Sicher ist freilich nur eines: Weder Kennedy noch sein weltpolitischer Gegenspieler dürften sich durch die Hartnäckigkeit des in seinen hochgespannten Hoffnungen von Moskau nun enttäuschten Diktators von ihren Bemühungen abhalten lassen, die Regelung durchzuführen, zu der sie sich in einem dramatischen Briefwechsel auf dem gefährlichsten Höhepunkt der Kubakrise bekannten. Zum Glück für die Menschheit scheint für Chruschtschow die Erhaltung der Freundschaft zu Castro und die Beibehaltung Kubas als eine gegen die USA und den Weltfrieden gerichtete Raketenpitze nicht der Preis eines nuklearen Krieges wert zu sein. Castro wird seinen Dämpfer bekommen, und mag er noch so grollen.

Zu den von Moskau enttäuschten und um ihre Erwartungen betrogenen Männern muß sich nun wohl auch ein Walter Ulbricht zählen. Dieser Spitzbart ist ein geradezu klassisches Geschöpf des Kalten Krieges. Je wilder dieser tobt, je drohender und gefährlicher die Spannungen zwischen den USA und Moskau werden, umso mehr blüht sein Weizen. Schon aus Gründen der Existenzhaltung muß Ulbricht allen Bestrebungen zwischen den Weltmächten mit abgrundtiefem Mißtrauen begegnen, den Spannungselementen ihre Zuspitzung zu nehmen. In der Sorge, weltpolitisch von der Sowjetunion etwas abseits gestellt zu werden, liegt wohl der Grund für die überraschende Reise Ulbrichts und seiner Getreuen nach Moskau, muß er doch befürchten, daß der Kreml, sollte er es aufrichtig mit einer weltpolitischen Entspannung meinen, den ultimativen Forderungen Ostberlins nicht mehr die bisher gewährte Hilfe angedeihen lassen wird. Ulbricht weiß nun wirklich nicht mehr, woran er ist, vielleicht hofft er, Chruschtschow in der Deutschlandfrage auf eine Linie festzulegen, die Kompromisse ausschließt. Vielleicht glaubt Ulbricht, dabei auf die Assistenz Peking's rechnen zu dürfen, dem geschworenen Feind jeder friedensichernden Politik.

Eine Lehre für Chruschtschow mag sich daraus ergeben. Es ist nicht immer gut, Puppen nach Belieben tanzen lassen zu können. Manche dieser Puppen können plötzlich den Drang zum selbständigen Handeln verspüren und dadurch den bisherigen Meister in schlimme Verlegenheit stürzen. Im Falle Castro und Ulbricht hat sich Chruschtschow Läuse in den eigenen Pelz gesetzt, die ihm noch manches Ärgernis bereiten dürften.

### Flick in das Grauen

---

sp - Am 14. November beginnt vor dem Schwurgericht in Flensburg der Strafprozeß gegen den ehemaligen Stabsführer der SS und Polizeiführer im Distrikt Krakau, SS-Sturzbannführer Martin F e l l e n z . In der 256 Seiten umfassenden Anklageschrift hat Staatsanwalt Ulrich Plath den 53jährigen früheren SS-Führer beschuldigt, für den 40 000fachen Mord an Juden im Distrikt Krakau des damaligen Generalgouvernements verantwortlich gewesen zu sein.

Der bisher größte Kriegsverbrecher-Prozeß, der im Norden der Bundesrepublik stattfinden wird, soll über sechs Wochen dauern. 120 Zeugen, darunter dreißig aus den USA, Kanada, Israel und Belgien sind geladen. Im Mittelpunkt werden die von Fellenz geleiteten sogenannten Judenaussiedlungen aus den Städten Miechow, Tarnow, Miechalowice und Fromysel stehen. Das wohl düsterste Kapitel der polnischen Besetzung zu Hitlers Zeiten wird in diesem Prozeß aufgerollt werden.

Fellenz, in Duisburg gebürtig, trat schon 1932 in die SS ein und wurde später als hauptamtlicher SS-Führer im Generalgouvernement eingesetzt. Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft siedelte er sich in Schleswig an und war Geschäftsführer in der Bäckerei seines Schwiegervaters. Er war jahrelang Ratsherr der FDP in der Stadt an der Schlei und machte sich als Chorleiter für Kirchenmusik einen Namen. Bei seiner Festnahme im Juni 1950 kehrte er gerade von einem Freundschaftsbesuch aus England zurück. Er hatte die Patenstadt Schleswig, Hayes and Harlington bei London, besucht und sich dort als Verfolgter des Nazi-Regimes und ehemaliger KZ-Häftling ausgegeben - und war entsprechend behandelt worden.

Die Ermittlungsstelle für nationalsozialistische Gewaltverbrechen in Ludwigsburg veranlaßte die Verhaftung von Fellenz. Nach ihren Feststellungen handelt es sich bei ihm um den letzten Überlebenden der SS-Führer aus dem Generalgouvernement, die für die "Endlösung der Judenfrage", für die Massenvernichtung der Juden also, verantwortlich waren. Alle anderen SS-Führer aus dem Gouvernement wurden nach dem Krieg zum Tode verurteilt und hingerichtet, begingen Selbstmord oder sind gestorben. Erst im Oktober dieses Jahres brachte sich der Stabsführer des SS- und Polizeiführers in Lublin, H ö f l e , ein Vorgänger von Fellenz, im Gefängnis in Salzburg um.

Fellenz wird im einzelnen beschuldigt, fünf Judenaussiedlungen organisiert und geleitet zu haben, wobei die Juden sofort getötet oder mit der Eisenbahn in die Vernichtungslager bei Lublin eingeliefert wurden. Dem Gericht liegen unter anderem 42 Bände des Protokolle des internationalen Militärtribunals von Nürnberg vor. Es verfügt daneben über zwei große Karteien, die 2 000 Namen enthalten. Sachverständige sind geladen. In dem Prozeß, der zweifellos wegen seiner darin behandelten Grausamkeiten weit über Deutschland hinaus erneut Aufsehen erregen wird, muß nachgewiesen werden, ob Fellenz des Mordes schuldig ist. Da alle anderen Straftaten verjährt sind, wird es auch schon bei Totschlag Freispruch ergeben. Fellenz selbst bestreitet jegliche Schuld und Verantwortung.

## Das Problem der griechischen Gastarbeiter (V und Schluß)

Viel guter Wille bei der Betreuung - aber wenig Koordinierung

Von Dr. B.P. Mathiopoulos

Gemäß § 15 des bilateralen Vertrages von 1960 ist die Betreuung der griechischen Arbeitnehmer Angelegenheit der deutschen Seite. Die deutschen Firmen haben auch schon früh erkannt, daß Einsamkeit den griechischen Gastarbeitern nicht gut tut; sie haben deshalb aus eigener Initiative mannigfache Gelegenheiten zur Freizeitgestaltung geschaffen. Weiterhin hat die evangelische Kirche offiziell die Betreuung der Griechen übernommen, genauso, wie dies die katholische Kirche für die Italiener und Spanier tut. Bis heute hat sie sich auf diesem Gebiet hervorgetan und ihre Bemühungen vom Erfolg gekrönt sehen können.

Als wichtigster Betreuer haben sich aber der DGB und einzelne Industriegewerkschaften erwiesen, denen mehr und mehr Griechen als eingetragene Mitglieder angehören. Durch seine Mitgliedschaft gewinnt der griechische Gastarbeiter an Selbstvertrauen, er bemerkt die Gleichheit mit seinen deutschen Kollegen viel deutlicher als aus den trockenen Paragraphen des Tarifvertrages und fühlt sich nicht als Fremdarbeiter, sondern als ein den anderen gleicher Bürger in einem demokratischen Land. Im Übrigen haben die meisten längst verstanden, daß von griechischer Seite wenig Hilfe zu erhoffen ist, und fanden im DGB diejenige Organisation, die ihre Rechte wahrte.

Von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite ist aber der Wunsch geäußert worden, man solle zweckmäßigerweise eine Koordinierung der verschiedenen Institutionen, die sich die Betreuung der Griechen zur Aufgabe gemacht haben, vornehmen. Denn nur so kann das gemeinsame Ziel angestrebt und erreicht werden und manche Bemühungen einzelner, obwohl voll guten Willens, verpuffen im Nichts, wenn nicht durch eine vernünftige Koordinierung die entsprechende Frage in ihrer Gesamtheit erforscht und gelöst wird.

Um die Verbindung mit der Heimat zu erhalten, hat der Westdeutsche Rundfunk die Initiative ergriffen und sendet ab Februar dieses Jahres eine viertelstündige griechische Sendung für die Gastarbeiter. Diese Sendung, die jeden Dienstag ausgestrahlt wird, hat der Süddeutsche Rundfunk übernommen. Sie enthält Nachrichten aus Griechenland, Kurznachrichten aus aller Welt, griechische Volksmusik und einen Kommentar über die besonderen Probleme der Arbeiter.

### Griechische Bemerkungen

Von griechischer Seite wurden in München, Stuttgart, Frankfurt, Köln, Düsseldorf und Hamburg Büros zur Betreuung der griechischen Arbeiter mit Vertretern des griechischen Arbeitsministeriums eingerichtet. Mit Ausnahme der Leiter der Büros in Köln und Hamburg, die sich wirklich für die Förderung der Interessen der Gastarbeiter einsetzen, haben die übrigen leider bei der Erfüllung ihrer Aufgabe oft versagt. Die meisten von ihnen beherrschen die deutsche Sprache nicht, sind Vertreter der in Griechenland an der Regierung sitzenden Parteien und erscheinen in den einzelnen Betrieben nur aus Anlaß einer akuten Frage, z.B. bei Ausbruch eines Streiks. Vor kurzem wurde in Bonn ein Attaché für Arbeitsfragen der griechischen Botschaft zugeteilt, der die Führung der verschiedenen Büros übernommen hat. Man kann hoffen, daß sich die gegenwärtige Situation unter seiner Leitung bessern wird.

Die Betreuung auf religiösem Gebiet durch die orthodoxe Kirche entspricht nicht der Zahl der in Deutschland befindlichen Gläubigen. Es müssen sich aber gut vorbereitete orthodoxe Priester mit deutschen Sprachkenntnissen finden lassen, die ihre Aufgabe nicht als Beruf betrachten, sondern als Mission.

#### Kompetenzschwierigkeiten

Der griechische Staat unterhält in der Bundesrepublik lediglich zwei ordentliche Konsulate: in West-Berlin und Hamburg. Außerdem gibt es aber elf Wahlkonsulate in den größeren Städten Deutschlands. Diese Konsulate leitet ein ehrenamtlicher Konsul, in der Regel ein Industrieller. Bei Erledigung ihrer gewöhnlichen Aufgaben - wie Ausstellung von Pässen, Erteilung von Bescheinigungen usw. - kommen sie manchmal direkt oder indirekt mit den Problemen der Gastarbeiter in Berührung. Und nicht selten wenden sich die deutschen Behörden in schwierigen Fragen oder, wenn der Vertreter des griechischen Arbeitsministeriums nicht zu erreichen ist, an diese Wahlkonsule und bitten sie um ihren Schiedsspruch. Diese Leute kennen aber selbst bei bestem Willen weder die griechische Mentalität in ausreichendem Maße, noch kann man von ihnen mehr Verständnis für die Probleme der griechischen Arbeiter verlangen, als von den Griechen selbst. So wurde kürzlich ein Wahlkonsul von einer deutschen Firma vor die Frage gestellt, ob ein griechischer Arbeiter wegen einer bestimmten Handlung des Landes verwiesen werden müsse! In diesem speziellen Fall kam man durch Einschaltung der zuständigen Arbeitsämter zu einer gerechten Lösung. Eine derartige Verwirrung der Kompetenzen gäbe es aber nicht, wenn sich eine zentrale Stelle in Deutschland mit den Problemen der griechischen Arbeiter befassen würde.

#### Griechischer Gewerkschaftsbund "schaltete" spät

Der griechische Gewerkschaftsbund hat sich nachträglich bemüht, den Griechen in der Bundesrepublik seine Betreuung angedeihen zu lassen. Erst nachdem er sich zwei Jahre lang im Vertrauen auf die Betreuung seitens der deutschen und griechischen Behörden nicht mit dieser Frage befaßt hatte und dann gewährt wurde, daß die Zahl der in Deutschland beschäftigten Griechen die 80.000 bereits erreichte, schickte er wiederholt einige seiner Vorstandsmitglieder in die Bundesrepublik. Diese erklärten sich dann auch bereit, die "Betreuung aus Athen", zu fördern. Inzwischen hatten aber viele griechische Arbeiter den Weg in den DGB gefunden, was das verspätete Interesse praktisch überflüssig machte.

Trotz all der geschilderten Schwierigkeiten beginnen sich die griechischen Gastarbeiter langsam an ihre neuen Arbeitsplätze zu gewöhnen, sie gleichen sich an und lernen die guten Seiten einer hochentwickelten Industriegesellschaft kennen. Die Hoffnung derjenigen Kreise in Griechenland, die der Überzeugung sind, daß dieses Arbeitspotential eines Tages seinen Anteil zur Neugestaltung der griechischen Gesellschaft beitragen wird, könnte sich somit vielleicht realisieren.